



Niederschrift

25. Plenarsitzung des Gemeinderates
23. Juni 2026, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 16 der Tagesordnung: Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Schülerhorten freier Träger - Übergangslösung SKiBB
Vorlage: 2026/0340

Punkt 16.1 der Tagesordnung: Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Schülerhorten freier Träger - Übergangslösung SKiBB
Änderungsantrag CDU

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss die neu gefasste „Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Schülerhorten freier Träger“ gemäß der Anlage.

Abstimmungsergebnis:

TOP 16: Mehrheitlich zugestimmt (27 Ja, 17 Nein)
TOP 16.1: Mehrheitlich abgelehnt (18 Ja, 26 Nein)

Der Vorsitzende ruft die Tagesordnungspunkte 16 und 16.1 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgten Vorberatungen im Jugendhilfeausschuss am 19. Juni 2026.

Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Der Gemeinderat hat im Juli 2025 mehrheitlich die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung beschlossen. In diesem Zug wurde auch das schrittweise Auslaufen der Horte an den Ganztagsgrundschulen beschlossen. Klar war, dass die Umsetzung sukzessive erfolgen wird und Übergangslösungen sowie Kompromisse erfordert. Wichtig ist, dass am Zielbild des qualitativ hochwertigen Ganztags festgehalten wird. Wir begrüßen die Vorlage, die eine Verlängerung der Horte als Übergangslösung bis Dezember '26 vorschlägt. Sie verschafft den freien Trägern und den Familien mehr Planungssicherheit. Den Änderungsantrag der CDU, der heute eingereicht wurde, den lehnen wir ab.

Stadtrat Hofmann (CDU): Wir sind wieder bei dem Megathema im Prinzip: SKiBB. Wir wissen, was da auf uns zukommt. Ich möchte jetzt aber nicht in die grundsätzliche Debatte einsteigen. Bei dem Zielbild bin ich mit der Kollegin Sardarabady komplett einig. Wir

würden uns wirklich eine qualitative Verbesserung wünschen. Aber wir wissen auch, insbesondere bei der Finanzierung, aber auch bei den räumlichen Problemen insgesamt, was da für Probleme auf uns zukommen. Deswegen haben auch wir gesagt: Lasst uns diesen Testlauf eingehen. Wir müssen schauen, wie sich das Ganze einspielt, wie das Ganze funktioniert. Da es so ein bisschen noch immer diese Glaskugel ist, in die wir gerade reinschauen. Das wird so langsam Schritt für Schritt besser. Aber von daher ist es noch nicht das Ganze, was wir uns vorstellen.

Deswegen haben wir auch immer gesagt, dass uns ganz wichtig ist, und da auch viele Vertreterinnen und Vertreter der Elternschaft immer gesagt haben, für uns ist es extrem wichtig, die Flexibilität für die Eltern zu gewährleisten, dass man auch bei den Horten sukzessive vorgeht. Deswegen wäre uns einfach wichtig, und das ist eine ganz kleine Geschichte, die wir hier einfach fordern, dass wir nicht nur bis Dezember '26 das festschreiben, sondern dass man eigentlich den Zusatz macht, sobald die Umsetzung dann immer jeweils bestätigt wurde, dass wir, wenn wir irgendwas machen, noch mal sukzessiver ... Herr Oberbürgermeister, wenn ich mich richtig erinnere, hatten Sie uns das damals auch zugesagt, dass wir diese Schließungen dann noch mal hier dann dezidiert auch besprechen würden. Das wäre uns einfach wichtig. Nicht, dass es praktisch schon festgesetzt ist, im Dezember '26 ist Schluss, denn das ist genau das, was den Eltern dann Angst macht, wenn wir nicht wissen, wo es genau hingeht, und wenn wir nicht wissen, wie es sich genau umsetzt, dann jetzt schon so eine harte Linie einzuziehen. Ich glaube, es ist eine sehr weiche Formulierung, die wir hier auch gefordert haben. Von daher würden wir einfach um Zustimmung hier bitten, um auch weiter diese Vereinbarkeit von Familie und Beruf in dieser Flexibilität weiter zu gewährleisten.

Frau Stadträtin Schmid (SPD): Ein Systemwechsel gelingt nur so gut, wie wir die Menschen mitnehmen, die dieses System tragen. Beim Übergang in das neue SkiBB-System geht es in der Vorlage auf den ersten Blick scheinbar nur um ein Datum, um eine Verlängerung einer Richtlinie bis zum 31. Dezember 2026. Dabei geht es eigentlich um ein massives Signal der Verlässlichkeit an unsere freien Träger in Karlsruhe. Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, ich habe den Änderungsantrag vorhin im Zug auf dem Weg hierher gelesen. Sie wollen genau dieses feste Ablaufdatum streichen, um Flexibilität zu wahren. Aber gut gemeint ist hier leider das Gegenteil von gut gemacht. Was Sie beantragen, sorgt nicht für Flexibilität, sondern für maximale Planungsunsicherheit. Die freien Träger in dieser Stadt brauchen für ihre Budgetplanung und für die Verträge ihrer Mitarbeitenden keine vagen politischen Absichtserklärungen, sondern sie brauchen Fakten. Sie wollen wissen, woran sie sind. Der 31. Dezember 2026 ist das Ergebnis einer engen Abstimmung im Arbeitskreis mit den Trägern selbst. Sie wollen diese Sicherheit. Wenn wir das Datum jetzt aufweichen und das Ende an eine zukünftige Bestätigung im Gemeinderat knüpfen, nehmen wir den Betroffenen die Verlässlichkeit im Umbruch.

Aktuell fördert die Stadt insgesamt acht Horte von sechs freien Trägern. Diese Partner und Partnerinnen leisten tagtäglich hervorragende Arbeit und unfassbar wichtige Arbeit für unsere Grundschulkinder. Sie fangen den hohen Bedarf auf, lange bevor der gesetzliche Rechtsanspruch im August überhaupt greift. Wenn wir nun die Schulen und die Betreuung im SkiBB-System zusammenführen, entsteht Reibung. Und das ist bei großen Reformen nun mal normal. Umso wichtiger ist es, dass wir diesen Übergang rechtlich und finanziell absichern. Niemand darf in der Luft hängen, nicht die Träger, nicht das Personal, und erst recht nicht die betroffenen Familien, um die es der CDU auch insbesondere geht. Das

Budget von den rund zwei Millionen Euro steht im Teilhaushalt breit. Es ist vollständig ausfinanziert, und das ist gut, und das gibt eben auch die Planungssicherheit. Und wenn es im Herbst beim SkiBB-Prozess klemmen sollte, dann sind wir die Letzten, die einer Verlängerung im Weg stehen. Aber jetzt, hier und heute, sollten wir mit einem klaren, verbindlichen Fahrplan starten. Deshalb lehnen wir als SPD-Fraktion den Änderungsantrag der CDU ab und würden der Vorlage der Verwaltung zustimmen.

Stadtrat Stolz (AfD): Der entscheidende Punkt dieser Vorlage ist aus unserer Sicht nicht die Förderung der freien Horte an sich. Der entscheidende Punkt ist die Frage, ob wir heute ernsthaft davon ausgehen können, dass SkiBB zum Jahresende 2026 vollständig umgesetzt und funktionsfähig sein wird. In den vergangenen Beratungen wurde immer wieder deutlich, dass bei SkiBB noch zahlreiche Fragen offen sind, sei es beim Personal, bei den Räumlichkeiten oder bei der konkreten organisatorischen Umsetzung. Gleichzeitig soll die bisherige Förderrichtlinie automatisch zum 31. Dezember 2026 auslaufen. Das halten wir für unnötig riskant. Wenn sich die Umsetzung verzögert, darf es nicht zu einer Situation kommen, in der funktionierende Betreuungsangebote wegfallen, weil eine Übergangsregelung zu früh endet. Deshalb halten wir den Änderungsantrag der CDU für vernünftig. Er sorgt dafür, dass die Richtlinie erst dann außer Kraft tritt, wenn die Umsetzung von SkiBB tatsächlich erfolgt ist und der Gemeinderat dies bestätigt hat. Das schafft Planungssicherheit für die Träger, Verlässlichkeit für die Eltern und verhindert unnötige Risiken zulasten der Kinder. Und es kann ja trotzdem sein, dass es zum 31.12.2026 doch reicht. Wir werden dem Änderungsantrag zustimmen und dementsprechend auch der Vorlage, nur in der geänderten Fassung.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Wir schließen uns dem Änderungsantrag der CDU an. Herr Oberbürgermeister, ich kann mich sehr gut erinnern, dass Sie damals, als wir das Thema diskutiert hatten, sagten, Sie werden bei jedem Hort uns fragen, und wir werden zustimmen oder auch nicht. Das war damals so in etwa diese Aussage von Ihnen. Es ist auch so: Wir sprechen zurzeit gerne von atmenden Systemen. Und wenn wir das so festlegen, sind wir nicht mehr fähig, auf Änderungen zu reagieren. Deswegen ist der Antrag sinnvoll, und dem schließen wir uns gerne an.

Der Vorsitzende: Ich möchte nur noch mal darauf hinweisen, dass es in dem Sinne keine Horte mehr gibt und dass wir nicht die Hortkinder als Hortkinder mit den anderen in derselben Gruppe weiterhalten können, sondern nur dann, wenn wir sie aus Hortkindern zu SkiBB-Kindern machen, ihnen trotzdem einen Bestandsschutz für das geben, was wir den Eltern ursprünglich mal versprochen haben, für die Klassen 2 bis 4, was die Betreuungszeiten betrifft. Und die Zusage, die ich Ihnen gegeben habe, ist, dass wir im Laufe, dass wir nach Start des Systems im Herbst sehr zeitnah berichten, wie sieht die finanzielle Situation aus bei den Beiträgen. Passt das Modulsystem dieser dreimaligen Zeiteinheiten, die man da buchen kann, passt das denn zu unseren Konzepten? Welche Gruppen können wir in welcher Stärke am Ende anbieten? Halten wir den etwas erhöhten Betreuungsschlüssel durch? All diese Fragestellungen, die dazu führen können, dass wir noch mal an den grundsätzlichen Regelungen der Organisationen dieses Ganztagsbetreuungsprogramms etwas ändern. Aber vom Rechtlichen her können wir nicht formal, das hätte ich gerne gehabt, aber das sieht die Landesplanung, also die Landesvorgaben sehen das nicht vor. Was wir uns nicht leisten können, ist, für die Klassen 2 bis 4 jetzt einfach die Horte und noch für einzelne Kinder aus der Klasse 1 separat neben der Ganztagsbetreuung herlaufen zu lassen, sondern es macht großen Sinn, und so ist es auch vom Land her vorgesehen und letztlich

vom Bund, weil das Land nur landesspezifisch umsetzt, was der Bund mit seiner Art verpflichtenden Ganztagsbetreuung vorgegeben hat, dass man da die Kinder zusammenführt und zusammenlässt, so, wie sie auch eine Schule gemeinsam besuchen. Ich hoffe, ich habe es richtig dargestellt. Okay, super. Dann kommen wir jetzt zur Entscheidung.

Ich rufe zunächst auf den Änderungsantrag der CDU und bitte hier um Ihr Votum ab jetzt.
– Eine mehrheitliche Ablehnung.

Dann rufe ich die unveränderte Beschlussvorlage der Verwaltung auf und bitte jetzt auch hier um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
7. Juli 2026